



Freie Demokratische Partei
Landesverband NRW

Moritz Kracht
Pressesprecher

Wolfgang-Döring-Haus
Sternstraße 44
40479 Düsseldorf

Fon 0211. 49 70 9-11
Fax 0211. 49 70 9-35

kracht@fdp.de
www.fdp-nrw.de

Medien-Information der FDP-NRW

Montag, 28. November 2011

Bahr-Interview mit WDR online, 26.11.2011

Quelle: WDR online, 26.11.2011.
Die Fragen stellte Rainer Kellers.

Herr Bahr, vor einem Jahr wurden Sie zum Vorsitzenden der NRW-FDP gewählt. Haben Sie eigentlich noch die Boxhandschuhe, die Ihnen die Partei damals geschenkt hat?

DANIEL BAHR: Ja, die hängen in meinem Büro. Die erinnern mich täglich daran, dass Politik auch eine Auseinandersetzung ist.

Aber Sie schlagen nicht täglich auf jemanden ein?

BAHR: Nein, ich habe zwar von der FDP im Münsterland einen schwarz-roten Boxsack bekommen, aber bisher musste ich meine Aggressionen noch nicht abtrainieren.

Was haben Sie in dem einen Jahr durchgeboxt in NRW?

BAHR: Die FDP in NRW ist trotz der schwierigen Lage der Bundespartei stabil. Der Verlust der Regierungsbeteiligung in NRW wegen der schweren CDU-Verluste hatte natürlich für eine Motivationsdelle gesorgt. Aber wir haben unsere Rolle als konstruktive, aber kritische Opposition gefunden, und jetzt geht es darum, den Wiederaufstieg der FDP zu beginnen.

Ich dachte eher an konkrete Erfolge. Was haben Sie vorzuweisen?

BAHR: Ich habe am Kabinetttisch für NRW erreicht, dass Bonn der erste Sitz des Verteidigungsministeriums bleibt. Ich habe bei vielen Verkehrsprojekten in NRW die Stimme erhoben, und wir haben als Landesverband mit mir auch in der Gesundheitspolitik eine starke Stimme. Wir stehen außerdem geschlossen in NRW. Es gab unter meinem Vorgänger manchmal den Eindruck, es gäbe Widersprüche zwischen dem Landes- und dem Fraktionsvorsitzenden. Ich schätze die gute Zusammenarbeit mit Gerhard Papke [Fraktionschef in NRW, Red.] und kann mich auf die Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion absolut verlassen.

Sind Sie unmittelbar in das landespolitische Alltagsgeschäft eingebunden? Verhandeln Sie mit beim Stärkungspakt Stadtfinanzen? Steht eine Einigung bevor?

BAHR: Ja, klar bin ich eingebunden. Ich stehe mit Gerhard Papke und vielen anderen im ständigen Austausch, was Strategie und konkrete Punkte angeht. Ich halte es für möglich, dass wir bei den Stadtfinanzen mit Rot-Grün zueinander finden, aber das kann man noch nicht abschließend beurteilen. Es ist wichtig, dass wir den Kommunen, die Probleme haben, helfen. Aber wir dürfen nicht die Kommunen bestrafen, die sich in der Vergangenheit angestrengt und solide gewirtschaftet haben. Es darf keine Anreize geben, zu Lasten anderer Kommunen zu leben. Darauf wird die FDP achten.

Man hört, der geplante Solidarbeitrag der reicheren Kommunen könnte gekippt und das Geld aus dem Topf des GFG genommen werden.

BAHR: Unsere Fraktion verhandelt derzeit mit Rot-Grün, da will ich mich nicht öffentlich über Detailergebnisse auslassen. Aber wer glaubt, dass die FDP nur abnickt, was Rot-Grün vorlegt, hat sich getäuscht.

Die Verhandlungen mit Rot-Grün zeigen ja eine bemerkenswerte Trendwende: Weg von Fundamentalopposition hin zur Zusammenarbeit. War das eine gewollte strategische Entscheidung?

BAHR: Ich habe bei meinem Amtsantritt vor einem Jahr betont, dass die FDP weder Regierungspartei im Wartestand noch Fundamentalopposition ist. Es gibt keine Koalition in der Opposition. Die FDP ist eine eigenständige Partei. Dort, wo Rot-Grün etwas Sinnvolles anpackt, verweigern wir uns nicht. Jede Partei will mitgestalten und gute Ergebnisse erzielen. Aber wir sagen auch nein, wenn etwas falsch ist, zum Beispiel bei der Schulpolitik oder auch bei der Schuldenpolitik des laufenden Jahres.

Es macht dennoch den Eindruck, die FDP handle als Getriebene. Gerade, als die Linkspartei die Zusammenarbeit mit der Minderheitsregierung aufgekündigt hat, springt die FDP ein, damit es ja keine Neuwahl gibt.

BAHR: Da wird zu viel reininterpretiert. Ich sehe keinen Unterschied zu dem, was ich vor einem Jahr gesagt habe, und dem, was wir heute machen.

Anders gefragt: Da Sie jetzt doch einige Gemeinsamkeiten mit Rot-Grün entdecken, wäre eine Ampel-Koalition wieder vorstellbar, etwa dann, wenn es zu einer Regierungskrise kommt?

BAHR: Die Verhandlungen über eine Ampel sind 2010 gescheitert, weil es nicht ausreichende Übereinstimmungen gab. Rot-Grün hat sich entschlossen, das Minderheitsexperiment zu wagen. Ich befasse mich überhaupt nicht mit irgendwelchen Koalitionsfragen in NRW, weil sie nicht anstehen.

Eine Regierungskrise könnte aber schon im nächsten Frühjahr kommen, wenn über den Haushalt für 2012 abgestimmt wird. CDU und Linke lehnen den Entwurf ab. Nur die FDP hat sich noch nicht geäußert.

BAHR: Es ist keine besondere Leistung, dass die Koalition sich vornimmt, einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Ich nehme es mit Interesse zur Kenntnis, dass ein heftiger Streit zwischen SPD und Grünen entbrannt ist, ob mehr oder weniger gespart werden soll. Für mich ist noch nicht klar, in welche Richtung es geht. Bislang liegen nur Eckpunkte des Haushalts vor.

Der wichtigste Eckpunkt besagt: immerhin knapp vier Milliarden Neuverschuldung. Können Sie damit leben?

BAHR: Ich warte den Haushaltsentwurf ab und fälle kein Urteil auf Basis von ein paar Eckpunkten. Der Haushaltsplan ist kein reines Zahlenwerk, sondern beinhaltet immer politische Gewichtungen und Akzente. Wir schauen uns den konkreten Entwurf in Ruhe an, wenn er vorliegt.

Wenn Ihnen aber der konkrete Entwurf nicht gefallen sollte, setzen Sie dann auf Ablehnung und lösen damit Neuwahlen aus?

BAHR: Ich arbeite nicht mit einer Glaskugel, sondern mit Fakten. Ich spekuliere also nicht über den Haushalt, sondern warte ihn ab.

Bei den aktuellen Umfragen wären Neuwahlen für Sie ja selbstmörderisch.

BAHR: Ich kenne keine Partei im Landtag, die Neuwahlen beantragen will. Diese Debatte ist wie das Ungeheuer von Loch Ness, von dem alle reden, das aber nie auftaucht. Im übrigen müssen wir vor Neuwahlen überhaupt keine Angst haben. Wenn es zu Neuwahlen kommt, wäre das der Beleg, dass das rot-grüne Minderheitsexperiment gescheitert ist. Und wenn dann Wahlen konkret anstehen, mischen sich die Karten bekanntlich immer neu. Das gibt auch der FDP neue Chancen.

Apropos selbstmörderisch. Wie ist denn der Stand bei der Mitgliederbefragung zum Euro-Rettungsschirm?

BAHR: Die Stimmzettel werden erst aufgemacht, wenn die Frist zur Abstimmung am 13. Dezember abgelaufen ist. Wir erleben ein großes Interesse, es sind bundesweit bereits mehr als 10.000 Stimmen abgegeben. Ich finde es gut, dass die FDP ihre Mitglieder in so einer schwierigen Richtungsfrage beteiligt. Meine Position ist allerdings klar: Ich plädiere für den Antrag, der den Euro-Rettungsschirm unter strengen Auflagen befürwortet. Der Antrag von Frank Schäffler bietet keine Lösung und könnte uns in noch viel größere Probleme bringen.

Was passiert, wenn Schäfflers Antrag eine Mehrheit bekommt und die Partei damit Nein sagt zum Rettungsschirm? Ist das das Ende der Koalition in Berlin?

BAHR: Ich werbe dafür, dass der Antrag von Philipp Rösler und dem Bundesvorstand eine Mehrheit bekommt. Ich gehe davon aus, dass das gelingt. Bei den Veranstaltungen erlebe ich, dass wir die Mitglieder überzeugen können, dass Neinsagen nicht die Lösung ist. Dass es vernünftig ist, Ja zu sagen zur Eurorettung, Ja zum europäischen Stabilitätsmechanismus, aber unter strengen Auflagen.

Ihr Koalitionspartner in Berlin scheint derzeit nach links zu rücken und sich flexibel zu machen für neue Bündnisse.

BAHR: Es bestätigt den Eindruck, dass die CDU in großen Teilen eine schwarze SPD ist, besonders in NRW. Zwischen den Positionen von Herrn Laumann [Fraktionschef der CDU in NRW, Red.] und der SPD kann ich kaum Unterschiede erkennen. Das eröffnet uns als FDP einen größeren Raum. Neben den vier sozialdemokratischen Parteien gibt es nur die FDP als Stimme der Sozialen Marktwirtschaft und des Rechtsstaats.

Immerhin haben Sie in Berlin jetzt doch noch Steuererleichterungen von sechs Milliarden Euro durchbekommen – zumindest im Kabinett. Nach Berechnungen des NRW-Finanzministers belastet das den Landeshaushalt aber mit 440 Millionen.

BAHR: Unser Ziel ist es, mehr Steuergerechtigkeit zu schaffen. Wir entlasten vor allem kleinere und mittlere Einkommen. Bei den Belastungen wird der Bund den größten Teil übernehmen. Das ist ein klares Signal, dass wir die Länder nicht alleine lassen.

Vier Milliarden übernimmt der Bund. Bleiben zwei Milliarden für die Länder.

BAHR: Die Anpassung des Existenzminimums wird zu Recht vom Verfassungsgericht verlangt. NRW kann es sich nicht leisten, auf mehr Steuergerechtigkeit zu verzichten. Und es ist doch leistungsfeindlich, wenn durch die kalte Progression Lohnerhöhungen vom Staat aufgefressen werden. Das ist nicht gerecht. Ich wundere mich schon sehr, dass die selbst ernannte Arbeitnehmerpartei SPD sich so dagegen wehrt und den Arbeitnehmern mit den kleinen Einkommen eine Entlastung verweigern will. Vor dem Hintergrund einer möglicherweise schwächeren Konjunktur ist es im Übrigen auch wirtschaftlich richtig und notwendig, die Kaufkraft der Bürger zu stärken.

Sie sind 35, Bundesminister, FDP-Chef in NRW. Wie sieht jetzt Ihre Karriereplanung aus? Wo stehen Sie in zehn Jahren?

BAHR: Ich plane keine Karriere, das hat sich alles mit vielen Zufällen ergeben, vielleicht auch weil ich mit viel Freude Politik mache. Man kann in der Politik nicht planen. Aber Politik bis zur Rente werde ich wohl nicht machen. Ich kann mir vorstellen, irgendwann in meinen eigentlichen Beruf als Bankkaufmann zurückzukehren oder etwas ganz Anderes zu machen.

Und wo steht die FDP in zehn Jahren?

BAHR: Bei zweistelligen Ergebnissen.